

Soziale Arbeit und Stadtentwicklung aus einer parteiichen Perspektive

Dieter Oelschlägel

1 Ausgangslage

Die Städte in den entwickelten kapitalistischen Ländern haben heute ihre Rolle als privilegierte Zentren der industriellen Produktion verloren. Das ist eine Folge des wirtschaftlichen Strukturwandels, aber auch der internationalen Arbeitsteilung. Und es zeigt sich in Deindustrialisierungsprozessen, also als Abbau von Arbeitsplätzen in der Fertigung, mit der Folge, dass sich seit Jahren in den Städten die Arbeitslosigkeit konzentriert – mit allen sozialen und sozialräumlichen Begleiterscheinungen, die wir kennen.

Hinzu kommen sinkende Einwohnerzahlen, was unter den Bedingungen kommunaler Finanzverfassung zusätzliche Schwierigkeiten mit sich bringt. Das aufzufangen, ist nur durch weitere Abwanderungen aus ländlichen Gebieten oder durch Zuwanderung aus dem Ausland zu bewerkstelligen. Das heißt, die Städte stehen vor der Alternative zu schrumpfen oder aber größere Probleme der Integration bewältigen zu müssen.

Unter diesen Bedingungen werden sich die sozialen und räumlichen Spannungen in der Stadt verstärken. Die Konzentration benachteiligter Gruppen in bestimmten Quartieren vollzieht sich sehr viel schneller als bisher und die Form der Segregation ist politisch fast nicht mehr steuerbar. Hartmut Häußermann u.a. beschreiben diesen Befund wie folgt:

„Bei rückläufigen Einwohnerzahlen können sich die Wohnungsmärkte so entspannen, dass für Mittelschichtshaushalte breite Wahlmöglichkeiten entstehen, die nicht nur Preis und Qualität der Wohnung umfassen, sondern auch das soziale Umfeld: Man kann sich die Nachbarschaft nun aussuchen. Das verändert die Bedingungen von Segregationsprozessen. Wurde Segregation früher vorwiegend durch Belegungspolitik, Diskriminierung und Marktmechanismen erzwungen, so ergibt sich heute die Konzentration benachteiligter Haushalte in den unattraktivsten Beständen auch durch den Fortzug von Haushalten der Mittelschicht aus Gebieten mit schlechtem Image und vielen sozialen Problemlagen, während die nicht mobilitätsfähigen Haushalte zurückbleiben. Die Konzentration benachteiligter Gruppen in benachtei-

ligten Gebieten durch freiwillige Umzugsentscheidungen derer, die Wahlmöglichkeiten haben, vollzieht sich außerordentlich schnell und sie ist faktisch nicht steuer- oder gar umkehrbar. Dadurch können aus den Wohnvierteln der Benachteiligten benachteiligende Quartiere werden. Die Stadt droht zu einem Ort der Ausgrenzung zu werden.“ (Häußermann/Läpple/Siebel 2008, 18f.)

Damit geht aber eine der wichtigsten Funktionen, die der europäischen Stadt zugeschrieben wurde, verloren: nämlich die der Integration.

Aus diesen wenigen Hinweisen wird deutlich, dass die städtische Bevölkerung mit erheblichen Veränderungen ihres Wohn- und Lebensumfelds konfrontiert wird. Will Stadtentwicklung darauf reagieren, braucht sie die Soziale Arbeit. Durch die alltägliche Arbeitspraxis und gezielte Vorstöße initiiert die Soziale Arbeit in ihren Arbeitsfeldern wertvolle Impulse für die Entwicklung von Städten, zumal sie aufgrund ihrer Geschichte auf einen breiten Schatz von Erfahrungen im Sinne von Community Organization und Gemeinwesenarbeit zurückgreifen kann.

2 Soziale Arbeit und Gemeinwesenarbeit

An dieser Stelle wird es nötig, einen knappen Rückblick auf die Entwicklung von Gemeinwesenarbeit und Stadtentwicklung zu werfen.

Das leider vergriffene und nie wieder aufgelegte Buch „Gemeinde und Gemeinschaftshandeln“ (Vogel/Oel 1966) hat gezeigt, wie Community Organization und Community Development, die nordamerikanischen Wurzeln der Gemeinwesenarbeit, in verschiedener Weise die sozialen, aktivierenden und regionalen Entwicklungsaspekte vor allem in der städtischen Politik miteinander verknüpften.

Leider hat eine verkürzte Rezeption dieser Ansätze (die ihre Wurzeln allerdings schon in der amerikanischen Diskussion hatte) in der frühen Bundesrepublik Gemeinwesenarbeit zur „dritten Methode“ der Sozialarbeit gemacht und sie eng an dieselbe gebunden.

Den Zusammenhang zwischen Gemeinwesenarbeit und Stadtentwicklung hat deutlich erst wieder ein ebenfalls vergriffenes Buch in die GWA-Diskussion gebracht: „Stadtplanung und Gemeinwesenarbeit“ (Müller/Nimmermanns 1971). Das war die Zeit, in der kritische Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter die Gemeinwesenarbeit als eine politische Alternative zur kurativen Einzelfallhilfe sahen. Der Aufbau des Buches zeigt das damalige Verständnis einer kritischen und engagierten GWA vom Verhältnis von GWA und Stadtplanung: Stadtplanung war die Reformstrategie „von oben“; Gemeinwesenarbeit war, mit Saul

Alinsky und Harry Specht, die Organisation des Widerstands „von unten“, also aus den Quartieren heraus.

Dieser politische Impetus, der in der Praxis zu unterschiedlichen strategischen Optionen führte, ist der GWA vor allem in den frühen 80er-Jahren abhanden gekommen. Unter dem Diktat sich verschärfender sozialer Verhältnisse („neue Armut“) wuchs der Druck auf die Projekte in den Stadtteilen, für die Bewohner nützliche quartiersbezogene Dienstleistungen und Ressourcen zur Verfügung zu stellen (Beratungsangebote, preiswerter Mittagstisch, Organisation sozialer Netze im Stadtteil).

Der gesellschaftliche Druck der 1990er-Jahre – insbesondere eine sich verfestigende Langzeitarbeitslosigkeit – führte auch zu einer Neuorientierung der GWA. Wir machten in vielen Projekten die Erfahrung, dass Menschen, die aus dem Arbeitsprozess herausfallen, auf ihre Lebenswelt, auf ihr Quartier als eine zusätzliche Ressource zur Existenzsicherung und zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben verwiesen werden. Gleichzeitig wächst gerade in armen Stadtteilen in den Bereichen der Infrastrukturgestaltung (von der Renovation der Wohnungen bis zur Gestaltung von Mietergärten) und der sozialen Dienstleistungen, insbesondere der Kinderbetreuung, der Altersversorgung und der Krankenpflege, der Bedarf an zu leistender Arbeit.

Indem GWA diese beide Stränge zu quartiersorientierten basisökonomischen Projekten (Tauschringe, Genossenschaften, soziale Betriebe) zusammenführte, hat sie unter dem Begriff der Gemeinwesenökonomie¹ die enge Bindung an die Soziale Arbeit aufgegeben.

Das Quartier bestimmt für viele Menschen die Chancen zur gesellschaftlichen Teilhabe:

„Von der Bindung an das Gemeinwesen, von der Möglichkeit, den sozialen Raum mitzugestalten, hängt es sehr wesentlich ab, ob und wie sich Bürger engagieren. Deshalb müssen viele Vollzüge und Entscheidungen dorthin zurückgeholt werden.“ (Oelschlägel 1999, 177)

So ist in den letzten 20 Jahren von Gemeinwesenarbeiter/innen das nordamerikanische Konzept der Bürgermobilisierung und -organisation – „Community Organization“ – neu entdeckt worden. Community Organization greift auf den großen Fundus an Erfahrungen und Verfahren der GWA zur Mobilisierung und Aktivierung der Menschen zurück und bietet, über die Grenzen der Sozialen Arbeit hinaus, die Chance, gemeinsames solidarisches Handeln zur Überwindung gesellschaftlicher Ohnmacht zu organisieren.

1 Hierzu ausführlich: Susanne Elsen: Gemeinwesenökonomie – eine Antwort auf Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Ausgrenzung? Neuwied u.a.: Luchterhand: 1998

3 Stadtentwicklung aus Sicht der Sozialen Arbeit

In der Wachstumsphase der 1960er-Jahre widmete sich die öffentliche Hand mit ihren Entwicklungsplanungen vorrangig der Erneuerung und Erweiterung technischer Infrastruktursysteme (Straßenbau, U-Bahn-Bau). Parallel dazu hieß es: Flächenabriss und Kahlschlagsanierung. Die Rede war von „rückständigen Vierteln“, die durch neue Stadtstrukturen ersetzt werden sollten (Trabantenstädte).

Gegen solche Sanierungsverfahren regte sich Widerstand, gelegentlich von GWA unterstützt. Bekannt gewordenes Beispiel waren die Auseinandersetzungen im Frankfurter Westend.

Aber auch wohnungswirtschaftlich hatte dieser Sanierungstyp langfristig keine Chance. Das Ersetzen preiswerter Altbestände durch sozialen Wohnungsbau ließ Wohnungsengpässe entstehen, die Mängel der Trabantenstädte mit ihren eindimensionalen Strukturen wurden deutlich. Das Ende der Vollbeschäftigung Mitte der 1970er-Jahre unterstützte diese Dynamik.

Das führte zu einer Phase kleinräumiger Sanierung und Erneuerung der Bestände unter dem Schlagwort „behutsame Stadterneuerung“:

„Ganzheitlich und kleinteilig waren die Kennzeichen ihrer Strategie – und die Einsicht, dass die Erneuerungsziele nicht durch einen einmaligen Eingriff erreicht werden können, sondern dass Stadterneuerung eine Daueraufgabe ohne Dauerlösung ist.“ (Häußermann u.a. 2008, 231).

Mit dem Inkrafttreten des Städtebauförderungsgesetzes 1971 in Deutschland wurde nun auch die Beteiligung von Mietern, Eigentümern und Gewerbetreibenden des Quartiers vorgeschrieben. Die Stadtentwicklung überhaupt konzentrierte sich auf Quartiere, wurde zur *Stadtteilentwicklung*, bei der ebenfalls mehr Bürgerbeteiligung vorgesehen war. Bürgerbeteiligungsverfahren, wie die Planungszelle, die Advokatenplanung oder andere konsequente Formen der Bürgerbeteiligung sind allerdings Einzelercheinungen geblieben.

In den 1980er- und 1990er-Jahren führten die wirtschaftlichen Entwicklungen zum einen dazu, dass im kommunalen Handel „wirtschaftliche Parameter und wirtschaftliche Akteure wie auch die – oft nur vermeintlichen – Bedürfnisse dieser Akteure und ‘des Marktes’ (...) deutliche Priorität“ (Heinz 2000, 242) erhielten. Für die Stadtentwicklung hieß das, dass – vor allem in Mittelstädten – sektorale Fachplanungen unter dem Primat kommunaler Wirtschaftsförderung gesehen wurden (Stadtmarketing als Stadtentwicklung) und sich in Großstädten die Projektplanung imagewirksamer Großvorhaben (z.B. Neue Mitte Oberhausen) etablierte. Da hier immer wieder öffentliche und private Interessen gebündelt werden mussten, waren für diese Planung diskursive und verfahrensorientierte Vorgehensweisen erforderlich. Allerdings waren diese eingebunden in eine

einseitige Stadtentwicklungspolitik, „die nicht die soziale Integration anstrebt, sondern die gesamte Stadt der globalen Konkurrenz ausliefert“ (Dangschat 1999, 40).

„Angesichts der mit den zunehmenden (sozial-)räumlichen Ungleichheiten verbundenen sozialen Desintegrationstendenzen und Konflikte, welche die Integrität der Zivilgesellschaft und somit auch die ungehinderte Wirtschaftstätigkeit zu gefährden drohten, wurde zum anderen in den 1980er Jahren damit begonnen, rein unternehmerische Stadtentwicklungsstrategien durch territorial ausgerichtete Maßnahmen zur Bekämpfung der sozialen Exklusion zu flankieren.“ (Rund 2010, 25).

So wurde auf der Ebene der Stadterneuerung, also bezogen auf die Quartiere selbst, seit den 1980er-Jahren Stadtentwicklung

„in zunehmenden Maße als eine Verknüpfung städtebaulicher, sozial- und beschäftigungspolitischer, ökologischer, kulturpolitischer und umweltrelevanter Aspekte begriffen“ (Pfothner 2000, 251).

Diese sogenannte „soziale Stadtentwicklung“ machte ebenfalls diskursive Verfahren, also die Beteiligung aller Betroffenen erforderlich. Das weckte bei den Vertretern der Gemeinwesenarbeit große Hoffnungen, die jedoch zumeist enttäuscht wurden.

Für die Stadtentwicklung des 21. Jahrhunderts sehe ich vier Aspekte, die eine wichtige Rolle spielen und in fortgeschrittenen Modellen der Stadterneuerung auch schon (ansatzweise) umgesetzt werden:

- Stadterneuerung bedarf des aktiven Engagements und der Mitentscheidung der betroffenen Bevölkerung. Die Einführung von Stadtteilbüros Ende der 1980er-Jahre als Mittler und Motoren der Bürgerbeteiligung hat dem schon Rechnung getragen.
- Stadterneuerung braucht die Rückbesinnung auf ökologische Zusammenhänge, z.B. auf Modelle der kostengünstigen, umweltverträglichen und quartiersnahen Produktion von Wärme und Energie.
- „Dreh- und Angelpunkt künftiger Stadterneuerungsstrategien muss die Sicherung, Bereitstellung und bessere Verteilung von Arbeit sein.“ Es geht „um die Begünstigung lokaler Ökonomie u.a. durch kleinteilige Erneuerungskonzepte und um die Förderung, Stärkung und Vernetzung neuer Formen von Arbeit“ (Pfothner a.a.O., 256).
- Schließlich muss – ohne das weiter ausführen zu können – auch über neue Finanzierungsmodelle in der Stadt(teil)entwicklung nachgedacht werden (z.B. Quartiersbudgets, Mobilisierung von Risikokapital etc.).

Worauf ich mit diesem groben historischen Rückblick hinauswollte: GWA und Stadtentwicklung haben sich mit ihren Ansätzen aufeinander zu bewegt und weitgehend angenähert (Bürgerbeteiligung, lokale Ökonomie). Der Begriff, mit dem sich diese Annäherung zu vollziehen scheint, heißt „Stadtteil- oder Quartiersmanagement“. Wolfgang Hinte sieht im Quartiersmanagement die konsequente Fortführung des Arbeitsprinzips Gemeinwesenarbeit und der darauf basierenden stadtteilbezogenen Sozialen Arbeit (Hinte 1998, 156), Monika Alisch als notwendige Weiterentwicklung der „behutsamen Stadterneuerung“ der 80er-Jahre (Alisch 1998, 12).

4 Gemeinwesenarbeit und Stadtteilmanagement

Ist nun aus GWA Stadtteilmanagement geworden, aus Stadtteilmanagement GWA? Da bin ich für eine sorgsame Trennung. Quartiersmanagement ist eine Strategie unter der Regie der Städte. Programmatisch soll es die soziale Desintegration in den Städten aufhalten, die Lebenslagen der Menschen in den benachteiligten Stadtteilen verbessern, Bürgerbeteiligung und Vernetzung staatlicher und privater Akteure schaffen und verschiedene Handlungsfelder integrieren. Wie das umgesetzt wird, ist von Stadt zu Stadt verschieden, es ist aber immer eine Top-down-Strategie. Durch Stadtteilmanagement kann durchaus eine Verbesserung der Lebensumstände erreicht werden, es kann aber auch – je nach kommunaler Philosophie oder Steuerungsvorstellungen – als Spar- oder Befriedungsstrategie eingesetzt werden.

Gemeinwesenarbeit stellt dagegen ein effektives Handlungskonzept, eine sinnvolle Vorgehensweise für Stadtteilmanagement und damit auch für Stadtentwicklung zur Verfügung, sofern diese quartiersbezogen und bewohnerorientiert sind.

Ein Gemeinwesen ist ein soziales System, ein Beziehungsgeflecht zwischen Menschen, Gruppen und Organisationen, die in einem umschriebenen Gebiet (Stadtteil, Nachbarschaft, Straße, Dorf...) leben und /oder arbeiten. Folglich ist Gemeinwesenarbeit eine sozialräumliche Strategie sozialer Arbeit im weitesten Sinne, die sich ganzheitlich auf ein Gemeinwesen, also auf die Lebenszusammenhänge von Menschen, und nicht pädagogisch auf einzelne Individuen richtet. Ziel ist die Verbesserung von materiellen (z.B. Wohnraum, Existenzsicherung, Arbeitsplätze usw.), infrastrukturellen (z.B. Verkehrsanbindung, Einkaufsmöglichkeiten, Grünflächen...) und immateriellen (Bildung, Kultur, Partizipation, Integration, soziale Beziehungen) Bedingungen unter maßgeblicher Einbeziehung der Menschen.

Es geht ihr um die Lebensverhältnisse, Lebensformen und Lebenszusammenhänge der Menschen, auch so, wie diese sie selbst sehen (Lebensweltorientierung). Das Arbeitsprinzip Gemeinwesenarbeit sieht seinen zentralen Aspekt in der Aktivierung der Menschen in ihrer Lebenswelt. Sie sollen zu Subjekten politisch aktiven Handelns und Lernens werden und zunehmend Kontrolle über ihre Lebensverhältnisse gewinnen.

Dabei darf Gemeinwesenarbeit sich nicht auf die Unterstützung subjektiver Bewältigungsstrategien beschränken, sondern muss die Widersprüchlichkeit prekärer Lebensverhältnisse thematisieren und auf kollektive Strategien der Bewältigung hinarbeiten.

Damit gewinnt der alte Begriff der „Konfliktorientierung“ wieder neue Bedeutung, eine Konfliktorientierung, „die die im Alltag enthaltenen Konflikte zuallererst an die Oberfläche hebt und damit verhandelbar, bearbeitbar und öffentlich artikulierbar macht“ (Kröll/Löffler 2004, 540).

Gemeinwesenarbeit kann wesentliche Beiträge zur Erweiterung der individuellen und kollektiven Handlungsfähigkeit der Menschen, zur aktiven Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben und zur Verbesserung der Lebensbedingungen in den Stadtteilen leisten. Voraussetzung aber ist, sich der politischen Geschichte und Bedeutung von GWA bewusst zu bleiben.

Wenn wir von Individualisierung – und damit auch von Entsolidarisierung – als einer Grundtatsache moderner Gesellschaften ausgehen (müssen), dann ist es eine Aufgabe der Gemeinwesenarbeit, „Bedingungen für Alltagssolidarität zu schaffen, die sich offenbar in modernen Gesellschaften nicht ohne weiteres ergeben“ (Hondrich/Koch-Arzberger 1992, 58).

Gemeinwesenarbeit in Deutschland hat dafür Erfahrungen und Kompetenzen aus einer mindestens 35-jährigen Geschichte:

- GWA hat eine hohe Problemlösungskompetenz aufgrund ihrer lebensweltlichen Nähe zum Quartier. Als sozialräumliche Strategie, die sich auf die Lebenswelt der Menschen einlässt, kann sie genau die Probleme aufgreifen, die für die Menschen wichtig sind, und sie dort lösen helfen, wo sie von den Menschen bewältigt werden müssen.
- Gemeinwesenarbeit kann aufgrund ihrer methodischen Vielfalt auch viele Möglichkeiten für Teilhabe und partizipatives Handeln zur Verfügung stellen, von der aktivierenden Befragung über Community Organization als ein Element zur Wiederbelebung von Interessenorganisation bis hin zur widerständigen Aktion.
- Gemeinwesenarbeit bietet insbesondere durch offene, niedrigschwellige Räume und Angebote und unter Verzicht auf den pädagogisch oder politisch erhobenen Zeigefinger Gelegenheitsstrukturen und Logistik für Enga-

gement und Beteiligung. Dazu gehört auch das Beschaffen von notwendigen Informationen aus dem politischen Raum, an die GemeinwesenarbeiterInnen in der Regel leichter herankommen als die Betroffenen. Dazu gehört gegenseitiges Mutmachen, auch Training und Schulung.

- Es ist Aufgabe der GWA, Einzelnen, Gruppen und dem Stadtteil bei der Problemveröffentlichung zu helfen. Das Verhältnis Gesellschaft – Lebenswelt ist nicht allein dadurch zu bestimmen, wie die Gesellschaft in die Lebenswelt hinein agiert, sondern auch danach, wie die Probleme der Lebenswelt in den gesellschaftlichen, d.h. politischen Diskurs zu bringen sind.
- GWA knüpft Netze, die die Menschen halten, stützen und unterstützen, wenn sie sich aktiv an der Gestaltung ihrer Lebenswelt und damit an politischen Entscheidungen beteiligen wollen. Hierzu gehören auch die Netzwerke der Professionellen und Institutionen im Stadtteil selbst, die erreichte Positionen absichern helfen.
- Gerade aber mit dieser Vernetzung (aber auch durch Skandalisierung etc.) bietet GWA ein Politikmodell „von unten“, das nicht nur auf die Organisation von Gegenmacht ausgerichtet ist, sondern auch die Politikformen in unseren Städten auf die Weise durchdringt, dass die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadtteile nicht nur mehr gehört werden, sondern auch mehr und dauerhaft Entscheidungen im und für den Stadtteil treffen können.

So kann GWA zu Solidarisierungsprozessen auch unter den erschwerten Arbeits- und Lebensbedingungen prekarisierter Menschen beitragen „und neue kollektive Aktivitäten zur Veränderung der Verhältnisse einleiten (Reorientierung auf familiäre Stützen, solidarische Ökonomien, Selbsthilfeinitiativen und nachbarschaftliche Hilfen, Tauschringe etc.)“ (Candeias 2004, 406).

Allerdings darf sich GWA nicht auf die lokale Ebene beschränken, sondern muss einerseits Verbindungen zu gesellschaftlichen Ressourcen und Machtpotenzialen herstellen, die außerhalb des eigenen Sozialraums liegen, und andererseits sich öffentlich, kritisch und parteilich mit politischen und ökonomischen Entwicklungen (Neoliberalismus) auseinandersetzen.

5 Parteilichkeit

Damit sind wir bei einem weiteren Begriff, der neu zu reflektieren ist: Parteilichkeit. Der Begriff einer parteilichen Sozialarbeit ist in den 1970er-Jahren des vorigen Jahrhunderts im Zusammenhang der antikapitalistischen Kritik der Studentenbewegung geprägt worden. *Partei ergreifen* hieß, proletarische Jugendliche, Fürsorgezöglinge, Obdachlose, Sanierungsbetroffene u.a. in ihrem Wider-

stand zu unterstützen. Ziel war es, diese Unterstützung der Arbeiterklasse insgesamt in ihrem Kampf zu geben. Friedrich Hauß schrieb damals in dem bekannten Reader der Victor-Gollancz-Stiftung:

„Ein Sozialarbeiter, gleichgültig, ob mit professioneller GWA beschäftigt oder nicht, kann sich aus dem Kräftefeld zwischen Kapital und Arbeit nicht heraushalten, denn er ist unmittelbar durch seine Arbeit damit verbunden. Für ihn stellt sich die Frage: Mit der Arbeit gegen das Kapital oder mit dem Kapital gegen die Arbeit. Er wird sich zu entscheiden haben.“ (Hauß 1974, 252).

Parteilichkeit ist in der GWA seit den 1970er-Jahren ein Reizwort, das immer den Schwefelgeruch von Klassenkampf mit sich trägt. Sicher haben wir den Begriff auch im Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie nachgelesen, aber er ist viel älter. Parteilichkeit hieß schon im 15. Jahrhundert „sich an jemandes Seite stellen“.

Aber auch aus der Frauen(haus)bewegung heraus entwickelte sich ein Konzept der Sozialen Arbeit mit dediziert parteilichem Anspruch: die feministische Sozialarbeit:

„Nicht der Kapitalismus, sondern das Patriarchat, nicht wirtschaftliche Ausbeutung, sondern sexuelle Gewalt stand im Mittelpunkt der Kritik (...). Parteilichkeit hieß im Zusammenhang mit den feministischen Projekten, eindeutig auf der Seite der Opfer zu stehen und ihnen zu einem unabhängigen, von männlichen Bedrohungen freien Leben zu verhelfen.“ (Kuhlmann 2000, 12).

Im Laufe der Entwicklung hat sich der Parteilichkeitsbegriff aus seiner Einbindung in marxistische und feministische Kontexte herausgelöst und sich auf verschiedene sozialpädagogische Arbeitsfelder ausgeweitet. Wenn allerdings Begriffe ihren Verwendungskontext ausweiten, dann laufen sie Gefahr, dass ihre Konturen unscharf werden.

So hielt Wolfgang Hinte – zumindest in einigen Schriften (z.B. Hinte 1994) – den Begriff für GWA nicht mehr für tauglich. Er formulierte das etwa so: Wir brauchen Moderation statt naiver Parteilichkeit. Naive Parteilichkeit (das sehe ich auch so, D.O.) ist ebenso fatal für professionelles Arbeiten wie pures Mitleid. Aber sehen wir in den Stadtteil: GWA muss dort dazu beitragen, die Dominanz der organisierten Interessen abzubauen und benachteiligte Gruppen wirksamer als bisher zur Teilnahme zu motivieren und zu qualifizieren. Beides ist nur begrenzt möglich. Insofern kann GWA sich nicht mit der Rolle des Moderators begnügen, sondern muss gegebenenfalls auch anwaltschaftlich dafür sorgen, dass die Kommunalpolitik ihrer Ausgleichsfunktion nachkommt, dass die an den

Rand gedrängten Sichtweisen und Interessen wenigstens angemessen zu Wort kommen.

Deutlicher sagt das Sabine Stoevesand (2002): Wenn GWA sich den Menschenrechten und den sozialen Rechten verpflichtet sieht, muss sie heutzutage gegen Ausgrenzung, Rassismus und die Stigmatisierung von Bevölkerungsschichten, die nicht dem Mittelschichtideal entsprechen, theoretisch fundiert und praktisch kompetent Stellung beziehen. Es ist dies eine Parteilichkeit im Interesse eines alle einbeziehenden Gemeinwesens, die die besonderen Interessen und Belange der Benachteiligten vertritt. Ganz im Sinne von Negt und Kluge:

„Kollektives Handeln ist dann politisch, wenn es seinen Gebrauchswert gewinnt aus der Bildung von Gemeinwesen, wenn es dem Schutz dieses Gemeinwesens dient und dessen Entwicklungsmöglichkeiten befördert. Ein Gemeinwesen darf nicht einzelne Bevölkerungsteile, einzelne Menschen, einzelne Realitätszusammenhänge, einzelne Rechtsansprüche ausgrenzen; es ist so reich, wie es Zusammenhänge herzustellen vermag.“ (Negt/Kluge 1992, 16).

Die Gegenposition zu naiver Parteilichkeit ist nach meiner Auffassung nicht Moderation, sondern reflektierte, das heißt theoretisch fundierte und praktisch kompetente Parteilichkeit als ein Qualitätsmerkmal von Gemeinwesenarbeit (und sozialer Praxis überhaupt).

Das heißt dann eben nicht, „alles gut zu finden“, was die Menschen im Stadtteil tun, sondern sie ernst zu nehmen, ihnen zu glauben und in Konfliktfällen reflektiert auf ihrer Seite zu stehen. Wenn ich sage: „ihnen zu glauben“, so steht dahinter die parteiliche Frage, wem denn die Definitionsmacht über die Probleme und vor allem auch über die Bedarfe der Menschen zukommt.

Das Postulat der Parteilichkeit ist begründet im Anspruch der sozialen Arbeit, soziale Gerechtigkeit in den Verhältnissen zu realisieren. Parteilichkeit ist eine professionelle Haltung, die sich bei Problemen engagiert, die die Menschen (mit sich) selbst haben, und nicht bei Problemen, die die Gesellschaft mit ihnen hat. Hans-Uwe Otto hält in seinen Überlegungen zur Professionalisierung Sozialer Arbeit Parteilichkeit im Sinne einer grundlegenden situations- und (ich übertrage seinen Begriff „klientenbezogen“) gemeinwesenbezogenen Begründungskompetenz für unverzichtbar (vgl. Dewe/Otto 2001, 1399-1423).

Parteilichkeit ist also nicht eine Sache des wilden Fahnnenschwingens, sondern der klaren Analyse, nämlich der Frage, wo Entwicklungsmöglichkeiten, Handlungsspielräume von Menschen eingeschränkt werden – und nicht nur von oben nach unten, sondern auch vertikal in den Konflikten zwischen den Bewohnern des Stadtteils selbst oder auch durch die „fürsorgliche Belagerung“ durch die Soziale Arbeit.

Soziale Arbeit und Stadtentwicklung
Forschungsperspektiven, Handlungsfelder,
Herausforderungen

Drilling, M.; Oehler, P. (Hrsg.)

2016, X, 305 S. 15 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-10931-8